

Antwort bis zum 10. August 2024 (Frau Hannah Nieswand: nieswand@mth-potsdam.de; in Verbindung mit der Podiumsdiskussion „Zukunft der Film-, Medien- und Digitalwirtschaft in Brandenburg“ am 22. August 2024)

Gemeinsame Wahlprüfsteinfragen des Strategiekreises Medien & Technologie

Film- und Fernsehförderung

1. Die Bundesregierung plant ab 2025 zusätzlich zur klassischen Filmförderung eine steuerbasierte Förderung („tax incentive“) für große Film- und Fernsehproduktionen. Befürwortet Ihre Partei diese – insbesondere für den Medienstandort Potsdam-Babelsberg essenzielle – neue Form der Förderung?

International geht der Trend hin zu einer steuerlichen Filmförderung. Prinzipiell ist die CDU Brandenburg offen dafür. Die Umsetzung der Pläne der Bundesregierung setzt eine Verständigung mit den Ländern voraus. Einige Fragen sind jedoch noch offen. Uns ist noch kein entsprechender Gesetzesentwurf der Bundesregierung bekannt, um die konkrete Ausgestaltung der Verrechnung von Steuergutschriften, die Frage des Umgangs mit den Steuerausfällen, die Bund-Länder-Anteile oder die andiskutierte Investitionsquote beurteilen zu können. Die Pläne der Bundesregierung können somit nicht abschließend bewertet werden.

2. Ist damit möglicherweise eine Neuausrichtung der Länder-Filmförderung Berlin-Brandenburg verbunden und damit auch des Medienboards Berlin-Brandenburg? Wenn ja, mit welchem Ziel?

Das hängt letztlich von der konkreten Ausgestaltung Umsetzung der Pläne der Bundesregierung für eine steuerliche Förderung ab. Grundsätzlich sind wir bestrebt, neben der steuerlichen Entlastung die direkte Filmförderung zu erhalten. Aus unserer Sicht ist das schon deshalb notwendig, weil damit nicht nur die Herstellung kommerzieller und insoweit steuerlich verrechenbarer Filme, Serien, Dokumentationen etc. unterstützt, sondern auch der Zuschussbedarf des Instituts für Film und Bild in Wissenschaft gedeckt und Projekte zur Aus- und Weiterbildung im Medienbereich finanziert werden.

3. Soll die Film- und Medienförderung des Landes Brandenburg in der jetzigen Größenordnung bestehen bleiben oder wäre für Ihre Partei auch eine Erhöhung der Mittel denkbar?

Die Regierungskoalition im Landtag Brandenburg hat in der laufenden Legislaturperiode die Film- und Medienförderung erhöht. Erstrebenswert ist mindestens eine Beibehaltung der aktuellen Fördersumme (seit 2023 jährlich: 10.442.000,- Euro). Die Aussichten für den Landeshaushalt sind jedoch stark eingetrübt. Wir halten deshalb Versprechungen über eine ungeschmälernte Fortführung der Förderung oder gar über einen Aufwuchs für unseriös.

Medien- und Zukunftstechnologien – made in Brandenburg

1. Am Medienstandort Potsdam-Babelsberg entstehen im Umfeld der nationalen und internationalen Film- und Fernsehproduktionen Zukunftstechnologien rund um KI, AR, und VR, z.B. durch Unternehmen wie Volucap, Dark Bay oder durch Institutionen wie das MediaTech Hub und das CX Studio der Filmuniversität und nicht zuletzt durch

das Hasso-Plattner-Institut. Würde Ihre Partei Maßnahmen befürworten und unterstützen, mit einem besseren Standortmarketing die hohe Innovationsexpertise in Potsdam-Babelsberg zu sichern und international sichtbar und wettbewerbsfähiger zu machen, auch um mehr internationale Projekte am Standort zu ermöglichen?

Hinweise zu Wettbewerbsnachteilen aufgrund mangelnder Standortvermarktung nehmen wir sehr ernst. Wir wissen aber auch um die begrenzte Wirkung behördlich organisierter Marketing-Kampagnen. Die betroffenen Unternehmen bzw. Institutionen können das oftmals deutlich besser, zumal, wenn sie selbst mit der Marketing-Branche verbunden sind. Nichtsdestoweniger möchten wir sie dabei unterstützen. Die CDU Brandenburg plant die Einrichtung eines „Brandenburger Wirtschaftsrates“. Dort soll es neben der Digitalisierung und Entbürokratisierung auch um Förderpolitik und die Positionierung Brandenburgs als Wirtschaftsstandort gehen. In diesem Beratungsgremium mit Vorschlags- und Beteiligungsrechten können Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände und Kammern, Verwaltung und Politik gemeinsam eine Strategie für die Weiterentwicklung des Film- und Medienstandorts Brandenburg – und eben auch ein sinnvolles Standortmarketing – entwickeln.

2. Es gibt den Trend, Medienprojekte und Gründungen auch in ländlichen Regionen umzusetzen. Dafür steht z.B. der vom brandenburgischen Wirtschaftsministerium 2022 erstmals ausgetragene Modellwettbewerb „Digitale Orte in Brandenburg: Innovativ. Offen. Regional.“ Wie kann die Politik darüber hinaus solche Vorhaben in abgelegenen Regionen unterstützen?

Der Ansatz, auch abgelegene Regionen stärker an der positiven Entwicklung des gesamten Landes teilhaben zu lassen, ist Ziel der CDU. Die Umsetzung von Medienprojekten ist dabei nicht von den wirtschafts-, bau-, verkehrs- oder energiepolitischen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes isoliert zu betrachten, sondern greift ineinander. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang jedoch aus medienpolitischer Perspektive die Förderung des Lokaljournalismus, die wir fortsetzen wollen, sowie die Ansiedlung von Rechenzentren (KI etc.) in Brandenburger Energieüberschussregionen im Rahmen der Metropolraum-Berlin-Brandenburg-Strategie. Letztere soll Impulse auch für die Gründung von Start-ups in der Fläche setzen.

Die Innovations- und Startup-Szene

1. Durch das MediaTech Hub, das Medieninnovationszentrum (MIZ), die Filmuniversität, das HPI, etc. gibt es eine beachtliche Anzahl von Startups und Ausgründungen. Was kann und muss Ihrer Ansicht nach getan werden, um das Umfeld und die Bedingungen für Startups und kleine Unternehmen zu verbessern und sie in Brandenburg zu halten?

Zur Verbesserung des Umfeldes für Unternehmensgründungen bzw. Start-ups gehört für uns, bereits in der Schule junge Menschen für das Unternehmertum zu begeistern. Wir wollen den Kontakt zwischen Unternehmen und Schülern erhöhen und die Praktika ausweiten.

Wir wollen den „Gründungsturbo“ einlegen und digitale Gewerbeanmeldungen beschleunigen. Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden, vor allem durch die Streichung von Berichts- und Statistikpflichten. Soweit wie möglich wollen wir Genehmigungsfiktionen in die Verfahren einführen.

Neben diesen administrativen Erleichterungen von Unternehmensgründungen gehört die Bereitstellung von ausreichend Gewerbefläche zu den Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, unabhängig von deren Größe. Selbst im ländlich geprägten Brandenburg herrscht mittlerweile ein Mangel an Gewerbeflächen. Wir wollen mit einem

Maßnahmenbündel dagegenhalten und Gewerbeflächen auf Vorrat ausweisen: Mit einem landesweiten Investitionsfonds soll die Erschließung durch vor allem finanzschwache Kommunen kofinanziert werden. Zudem wollen wir die Kommunen mit der Einrichtung eines Kompetenzzentrum des Landes fachlich bei Unternehmensansiedlungen unterstützen. Das bestehende Förderprogramm für Kommunen zur Erstattung von Planungskosten (Planungsförderrichtlinie) wollen wir verstätigen und den Zugang erleichtern.

2. Sei es bei der Unternehmensgründung oder Fachkräftegewinnung – lange und nicht digitalisierte Verwaltungsprozesse stellen eine erhebliche Hürde bei der Fachkräfte- und Konkurrenzsicherung im nationalen und internationalen Wettbewerb dar. Planen Sie Maßnahmen, um Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und zu beschleunigen?

Ja, siehe dazu auch die vorherige Antwort. Ergänzend zu erwähnen ist noch, dass wir die Antragsstellung und Abwicklung von Förderprogrammen in Brandenburg komplett digitalisieren wollen. Das gesamte Angebot und die behördlichen Dienstleistungen sollen in einer übersichtlichen Plattform zusammengeführt werden.

Die Zuständigkeit für Digitalisierung einschließlich der DigitalAgentur wollen wir in einem Ministerium bündeln. Ein landesweiter und regelmäßiger Digitalcheck der Kommunen soll identifizieren, wo Probleme bestehen und dabei helfen, Best-Practice-Beispiele flächendeckend umzusetzen. Mit der Stärkung des Zweckverbandes Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM) als zentralem Dienstleister der Gemeinden und Landkreise ermöglichen wir es den Kommunen, ihre Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und zu beschleunigen. Entlastung versprechen wir uns auch von der landesweiten Implementierung des Once-Only-Prinzips. Es vermeidet Mehrfacherfassung von Daten und steigert die Effizienz der Verwaltungsprozesse deutlich: Brandenburger Bürger und Unternehmen sollen ihre persönlichen Daten nur einmal den Behörden mitteilen müssen, sodass sie bei verschiedenen Behördenanfragen oder -verfahren nicht jedes Mal erneut dieselben Informationen bereitstellen müssen.

Darüber hinaus gehört für uns zum Bereich „Digitalisierung behördlicher Verfahren und Unternehmensansiedlung“ auch das Thema Sicherheit, denn Cyberangriffe auf unsere Unternehmen oder Wirtschaftsspionage führen jährlich zu großen wirtschaftlichen Schäden und untergraben den Ruf Brandenburgs als Wirtschaftsstandort. Wir planen deshalb die Einrichtung eines „Cybersicherheitsinstituts Brandenburg“. Es soll die Kompetenzen und Zuständigkeiten in Fragen der Cybersicherheit bündeln und Doppelstrukturen vermeiden, um Brandenburg resilienter gegen Cyberangriffe zu machen. In diesem Sinne wollen wir auch das Polizeigesetz modernisieren. Die Befugnisse der Polizei sollen bei Internet- und Cyberkriminalität erweitert werden, beispielsweise bei der Quellen-TKÜ und bei Online-Durchsuchungen.

Games

1. Die Games-Branche in Deutschland – vorrangig in Berlin und Nordrhein-Westfalen – wächst stetig. In Brandenburg ist die Games-Wirtschaft jedoch kaum präsent. Welchen Stellenwert hat die Games- Branche für Ihre Partei?

Brandenburg ist Sportland – und für uns gehören dazu auch E-Sports. Wir wollen diese Sportart auf der Vereinsebene unterstützen, denn sie fördert Inklusion und Zusammenhalt. Wir wollen dabei sicherstellen, dass die Gaming-Sparte keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit von Sportvereinen entfaltet.

Darüber hinaus sehen wir ein großes Potential der Videospiele im Bereich der Medizin (z.B. bei der Behandlung von Lese-Rechtschreib-Schwäche, klinische Hirnforschung) und wollen „Health Games“ beim Aufbau der Medizinischen Hochschule Cottbus berücksichtigen.

Verankerung der Medienwirtschaft in der Brandenburger Politik

1. Welche Bedeutung für das Land Brandenburg und welchen Stellenwert hat ihrer Meinung nach die Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft?

Wir sind stolz auf Brandenburgs Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft und wollen, dass die Branche gedeiht und sich weiterentwickelt.

2. Sollte ein kontinuierlicher Kommunikationsaustausch zwischen Branche und Politik – insbesondere zu aktuellen Entwicklungen – etabliert werden und wenn ja, in welcher Form?

Die CDU Brandenburg unterstützt und begrüßt einen regelmäßigen Austausch zwischen der Branche und der Politik. Eine stärkere Institutionalisierung können wir uns über die Einführung eines „Brandenburger Wirtschaftsrates“ vorstellen (siehe Antwort zu Frage 2 im Abschnitt „Medien- und Zukunftstechnologien – made in Brandenburg“). Der Vorteil besteht hier darin, dass nicht nur die Politik, sondern auch andere Branchen und Akteure der Wirtschaft und Wissenschaft die Anliegen der Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft kennenlernen können. Darüber hinaus möchten wir Sie ermutigen, auch über diesen Kreis hinaus stets das Gespräch mit uns zu suchen.

3. Im Abgeordnetenhaus in Berlin gibt es einen gesonderten Medienausschuss. Halten Sie die Etablierung eines eigenen Ausschusses (oder Unterausschusses) für Film-, Kreativ- und Digitalwirtschaft im Landtag Brandenburg für wünschenswert und würde Ihre Partei sich dafür einsetzen?

Die CDU Brandenburg steht der Einsetzung eines eigenen Medienausschusses offen gegenüber. Dennoch möchten wir nicht unerwähnt lassen, dass derartige Ausschüsse nicht immer zwingend die Orte sind, in denen die entscheidenden Debatten oder die zentralen Entscheidungen gefällt werden. Insoweit warnen wir vor einer Überschätzung dieses Instituts.

4. Über einige Jahre gab es in der Landesregierung angebunden an das Ministerium für Wirtschaft einen Medienbeauftragten. Halten sie die Etablierung eines Beauftragten für die Film-, Medien- und Kreativwirtschaft bei der Landesregierung für sinnvoll und erwägenswert?

Die Staatskanzlei hat die Funktion des Beauftragten für die Film-, Medien- und Kreativwirtschaft bei einem Staatssekretär angesiedelt und damit auch sehr hochrangig besetzt. Dass wegen der damit verbundenen Mehrfachzuständigkeiten Belange der Film-, Medien- und Kreativwirtschaft „hinten runterfielen“, ist durchaus auch eine Sorge, die die CDU Brandenburg teilt. Für uns kommt es dabei gar nicht so sehr auf die Bezeichnung „Beauftragter“ an, sondern darauf, dass die Branche einen festen und verlässlichen Ansprechpartner hat, die ihre Belange innerhalb der Landesregierung deutlich zur Sprache bringt. Dafür setzen wir uns ein.

5. Bitte nennen sie drei Gründe, warum die Beschäftigten in der Brandenburger Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft Ihre Partei wählen sollen.

Erstens, wir verstehen uns als verlässlicher Partner für die Brandenburger Medien-, Kreativ- und Digitalwirtschaft, der keine falschen Subventionsversprechungen macht, sondern gemeinsam mit den Vertretern der Branche lösungsorientiert an einer zielgemäßen Film- und Medienförderung arbeitet. Zweitens, wir fördern Start-ups und kreative Klein- und Kleistunternehmer, indem wir sie von Bürokratie entlasten und die Verwaltungsprozesse digitalisieren – anstatt uns in ihre Arbeit einzumischen. Drittens, ein formalisierter Austausch zwischen der Branche und der Politik ist gut. Noch besser wäre es jedoch, wenn die Branche

einen festen Ansprechpartner hat, der ihre Interessen nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern – auch jenseits der Gremienarbeit – an der richtigen Stelle auch zur Sprache bringt. Das wollen wir sicherstellen.